# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Bestellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18590. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Montag, den 12. September 1927 — Nummer 213


# Frankreich bricht mit der Sowjetunion

## Der Kampf um die Führung in Genf geht weiter — Der Betrug der Besoldungsreform — Erweiterung der Beamtengehaltsspanne — Verschärfte Lage in Litauen

## Der Ministerrat fordert die Abberufung Rakowskis

Paris, 12. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Sonntagpresse **bestätigt die Gerüchte, daß der französische Ministerrat, der am Sonnabend tagte, sich prinzipiell dafür ausgesprochen hat, die Abberufung des sowjetrussischen Botschafters Rakowski zu fordern. Ein endgültiger Beschluß soll erst nach der Rückkehr Briands aus Genf gefaßt werden.**

Der Matin **verbreitet die irrsinnige Behauptung, daß Rakowski der Anstifter der Sacco-Vanzetti-Unruhen vom 23. August gewesen sei und erklärt, daß die Ausweisung Rakowskis nicht genügen könne. Wenn Frankreich seine demokratische Einrichtung unversehrt erhalten wolle, müsse es die Beziehungen mit Sowjetrußland abbrechen.**

Wie wir zu obiger Meldung erfahren, hat am Sonnabend der französische Ministerrat getagt und die Abberufung Rakowskis gefordert. **Als Grund der Angriffe der französischen Bourgeoisie wird angegeben, daß Rakowski als Mitglied der KAP für die Antikriegsresolution gestimmt und diese mitunterschrieben habe. Die französische Bourgeoisie erklärt, daß sie keine Einmischung in ihre Angelegenheiten, ein Aufhetzen der französischen Massen gegen die französische Regierung sieht. Da die französische Bourgeoisie und ihre Presse jedoch den französischen Arbeitern nicht sagen kann, daß sie mit Sowjetrußland bricht, weil dieses den Krieg verhindern will, verbreitet man die Nachricht, Rakowski habe die Ausschreitungen bei den Sacco- und Vanzetti-Kundgebungen veranlaßt. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß die französische Bourgeoisie jetzt den Grund gefunden hat, den seit langem geplanten Abbruch der Beziehungen mit Rußland einzuleiten. Schon nach dem Ueberfall auf das Arcos in London hatte die französische Regierung den Plan, den Abbruch herbeizuführen. Die französische Bourgeoisie will nach dem Abbruch der Beziehungen zwischen England und Rußland den nächsten Schritt auf dem Wege zum Kriege gegen die Sowjetunion durchführen. Die Isolierung Rußlands wird weiter betrieben. Da die französische Massenstimmung sich gegen solche Kriegstreibereien wendet, leistete Briand noch einen** scheinbaren Widerstand. Jetzt ist, wie mitgeteilt wird, auch Briand mit dem Bruch einverstanden.

Der Bruch war von langer Hand vorbereitet. Ohne Zweifel hat aber die Entscheidung des englischen Gewerkschaftskongresses, der offene Bruch des englisch-russischen Komitees, den Bruch beschleunigt und der französischen Bourgeoisie den Mut zu dem jetzigen Vorgehen gegeben. Die Politik der reformistischen Führer zeigt sich hier offen als Unterstützung der Kriegspläne der Kapitalisten.

Natürlich versucht auch jetzt die französische Bourgeoisie, das Ziel auf dem Umwege über einige Manöver zu erreichen. Offen kann und darf man vor den Massen seine Pläne nicht aufdecken. Deswegen spricht man vorläufig nur von der Beseitigung Rakowskis, man teilt auch mit, daß Rosenholz dessen Nachfolger werden solle. Gleichzeitig soll aber der französische Botschafter in Moskau, Herbette, abberufen werden. Die Vertretung soll ein Geschäftsträger übernehmen. Daraus ergibt sich ganz klar, daß die französische Bourgeoisie den Abbruch der Beziehungen vorbereitet. Die westlichen Imperialisten unternehmen einen weiteren Schritt zu den Kriegsvorbereitungen. Ueber den Ernst der Lage darf man sich keineswegs täuschen. Das Kesseltreiben gegen Sowjetrußland wird planmäßig fortgesetzt. Wenn nicht die gesamte Arbeiterschaft die Pläne der Imperialisten durchkreuzt, wird diesen diplomatischen Vorstößen bald der kriegerische Angriff und Zusammenprall folgen.

### Tschitscherin empfängt Herbette

Riga, 11. September. (Telunion.)

**Wie aus Moskau gemeldet wird, wird Tschitscherin am Dienstag abend den französischen Botschafter Herbette empfangen, um mit ihm den Fall Rakowski zu besprechen. Die Sowjetregierung wird alles versuchen, um den Abbruch der russisch-französischen diplomatischen Beziehungen zu vermeiden.**

## Die Kriegshetze in Genf

### Einheitsfront gegen die Sowjetunion — Rededuelle Briand—Chamberlain

Genf, 10. September. (Eig. Drahtbericht.)

Sonnabend vormittag sprach in der Völkerbundversammlung Briand. **Im Phrasengeschwall über „ewigen Frieden" und ähnliches hat er sich selbst übertroffen. Im übrigen war seine Rede vollkommen inhaltlos. Er trat gegenüber den italienischen Rednern für die polnische „Friedensresolution" ein, nachdem man sich darauf geeinigt hatte, daß diese Formel sachlich dem englisch-französischen Kompromiß inhaltlich entspreche und nur den Wunsch nach friedlicher Regelung von Konflikten durch eine „etwas verpflichtende Fassung" ersetzt hat. Die Resolution soll, nachdem sich England, Deutschland und Frankreich darauf geeinigt haben, daß sie keine Verpflichtung für ein Ostlocarno bedeuten kann, angenommen werden, allerdings nicht in einer feierlichen Abstimmung der Völkerbundversammlung, sondern wahrscheinlich erst nach Kommissionsberatungen.**

Eine Antwort auf Stresemanns Rede enthielten die Ausführungen Briands **insofern, als er vor „übertriebenen Hoffnungen" auf eine allgemeine Abrüstung warnte und geraten sei, sich „mit dem bisher Geleisteten" vorläufig abzufinden.**

**Wenn so der polnische Versuch um ein Ostlocarno durch ein vorläufiges Kompromiß von der Tagesordnung abgesetzt werden soll, so behält sich der französische Imperialismus vor, anläßlich der Behandlung des holländischen Vorschlags, der einen allgemeinen Sicherheitspakt wünscht, gegen England einen neuen propagandistischen Vorstoß zu unternehmen.**

*

Genf, 10. September. (Eig. Drahtbericht.)

Chamberlains Rede in der heutigen Nachmittagssitzung des Völkerbundes, enthielt, abgesehen von dem üblichen Friedensgeschwätz eine deutliche Absage **an die französisch-polnischen Ostlocarnopläne.** Der Völkerbundpakt und Locarno seien eine genügende Bürgschaft für den Frieden im Westen und Osten. England denke nicht daran, für die Ostgrenzen Garantien zu übernehmen. Mit einer unverkennbaren Anspielung auf die von dem englischen Imperialismus im Rahmen seiner Antikampfpolitik betriebenen Versuche, eine **direkte deutsch-polnische Verständigung** unter englischer Hegemonie zustandezubringen, erklärte Chamberlain, England habe in Locarno Garantien übernommen für Belgien, Frankreich und Deutschland; es sei **nicht Aufgabe anderer Mächte; für andere europäische Grenzen dieselben Garantien zu übernehmen.**

Um einem eventuellen Versuch Frankreichs, den holländischen Antrag zu einem neuen Vorstoß gegen England auszunutzen, von vornherein die Spitze abzubrechen, erklärte Chamberlain, daß England jeden allgemeinen Sicherheitspakt nach dem Muster des Genfer Protokolls nach wie vor ablehne.

Im Anschluß an Chamberlains Rede brachte der holländische Delegierte Beelaert van Blokland prompt einen Abänderungsantrag zu seinem eigenen Antrag ein. Danach soll die Bezugnahme auf das Genfer Protokoll fallen gelassen und dafür die Wendung gesetzt werden, daß das „Studium der Grundsätze für Sicherheit, Schiedsgericht und Abrüstung", wie sie im Völkerbundpakt niedergelegt seien, wieder aufgenommen werden soll.

*

Die Vertreter Englands und Frankreichs haben in ihren Reden den Kampf um die Führung in Europa ausgefochten. Frankreich versuchte, gegen Locarno und die vorhergehende Tagung des Völkerbundes einen Gegenstoß zu führen. Chamberlain hat diesen Gegenstoß abgewehrt. Liegt **das Interesse Englands darin, Deutschland zu seinem unbedingten Vasallen zu haben,** so steht die Stellung um die Vormacht Frankreichs fester, wenn die Bewegungsfreiheit Deutschlands stärker eingeengt bleibt. Deswegen der jetzige Vorstoß Polens, das seine Grenzen garantiert haben will. Dagegen wehrte sich Chamberlain, aber auch Stresemann. Stresemann nutzte den Konflikt zwischen England und Frankreich. Er stellte nicht die Frage der Sicherheit der Grenzen. Kein Wort ließ er über den Raub an der Westgrenze durch Frankreich verlauten. Er lenkte die Frage der Grenzgarantie auf die Schiedsgerichtsbarkeit ab. Damit konnte Deutschland den Angriff abwehren. Eine endgültige Regelung ist damit nicht erreicht worden. Es ist jedoch ein Kompromiß zustande gekommen, das aber bei der nächsten Gelegenheit zu stärkeren Zusammenstößen führen muß. Ist das Ziel Frankreichs und Polens nicht erreicht, so doch die Einigkeit zum Kampf gegen die Sowjetunion. **Dies wird durch die englische Presse besonders unterstrichen. Die „Times" schreiben: „Die Lage Polens sei außerordentlich schwierig. Die Verantwortung für die Regelung der Verhältnisse in Osteuropa liegt bei Deutschland und Polen selbst. Beide Länder müßten letzten Endes einmal das Problem der gegenseitigen Garantie anfassen, was bis jetzt immer wieder vermieden worden sei. Hier biete sich eine gute Gelegenheit für die Diplomatie beider Länder, die Grundsätze des Völkerbundes in Osteuropa in direkten Verhandlungen anzuwenden. Deutschland sei Mitglied des Völkerbundes, habe jedoch durch die Verträge von Rapallo und Berlin Beziehungen von besonderer und seltsamer Art mit Sowjetrußland hergestellt. Deshalb sei die Lage Polens besonders schwierig." Die Morning Post sagt, Polen müsse sich stark und militärisch diszipliniert machen.** In diesen Ausführungen zeigt sich, was hinter den Friedensphrasen von Genf steckt.

## Außenpolitische Rundschau

Der Völkerbund ist die Kulisse, hinter der sich die imperialistischen Gegensätze der stärksten kapitalistischen Mächte Europas, in deren Gefolge die kleineren Staaten marschieren, verbergen. Dem Völkerbund gehören zwar auch manche außereuropäischen Länder an. Aber sie spielen dort die Rolle von Statisten. Sowjetrußland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind außerhalb des Völkerbundes, damit auch äußerlich den Völkerbund als ein diplomatisches Hilfsinstrument der Versailler Vertragsmächte charakterisierend. Was aber nicht ausschließt, daß auch der Völkerbund von den stärksten imperialistischen Mächten Europas zu Manövern und Schachzügen in außereuropäischen Fragen benutzt wird. Das zentrale Problem des europäischen Imperialismus bei all den Gegensätzen seiner Vertreter untereinander ist gegenwärtig die Organisation des Krieges gegen Sowjetrußland, um einen der wichtigsten Faktoren seiner Krise im allgemeinen und seiner Schwächung gegenüber dem Vormarsch des amerikanischen Imperialismus im besonderen aus dem Wege zu räumen.

Trotz aller Regiekünste, um in Genf dieses zentrale Problem im Hintergrund zu lassen, um die Vorbereitungen der Kriegsfront hinter den Kulissen zu betreiben, während man auf der Völkerbundstagung allgemeine Phrasen vom Frieden drischt, hat die Genfer Tagung schon bisher gerade dieses Problem enthüllt. Der englisch-französische Gegensatz in der europäischen Politik, der auf der gemeinsamen Basis der Organisation des Kriegsblocks gegen Sowjetrußland auftritt, wurde durch den bisherigen Verlauf der Tagung unter sehr scharfe Beleuchtung gesetzt. England als die stärkste imperialistische Macht Europas vertritt in diesem Falle das Gesamtinteresse des europäischen Imperialismus. Es ist das unmittelbare Objekt des amerikanischen Angriffs in der Frage der Vorherrschaft zur See, der Aufrechterhaltung der Integrität seines Imperiums, als Garantie für die gleichzeitige Wahrung seiner Positionen im fernen Osten. Seine Abwehrtaktik besteht in dem großzügigen Versuch zur Schaffung einer einheitlichen Konstellation der stärksten imperialistischen Mächte Europas, einschließlich Deutschlands, unter englischer Führung. Diese Einheitsfront soll bei den wachsenden imperialistischen Gegensätzen zwischen England und Frankreich, Frankreich und Italien, Frankreich und Deutschland, Deutschland und Polen gesichert werden auf dem Boden des gemeinsamen Angriffes gegen die Sowjetunion, soll auf Kosten der Niederschlagung dieses revolutionären Bollwerkes ausgeglichen werden. Im Interesse dieser zentralen Linie versucht England die französischen Sonderabsichten durch das Manöver der Annäherung an Deutschland zu zähmen, durch die Erweiterung seines Einflusses und die Verstärkung seines Druckes auf die kleineren Staaten, besonders die Randstaaten um Sowjetrußland usw. das entsprechende Gegengewicht gegen die französischen Manöver zu schaffen. Besonders in der Frage der sog. englisch-deutschen Annäherung handelt es sich hier nur um Manöver, denn die englisch-französische Einheitsfront in der Frage des Krieges gegen Sowjetrußland und in den außereuropäischen Konfliktsfragen ist gegenwärtig eines der wichtigsten Sicherungen für den Erfolg der englischen Außenpolitik.

Die französische Außenpolitik ist demgegenüber bestrebt, England die Führung im europäischen Kriegsblock gegen Sowjetrußland streitig zu machen und besonders mit Hilfe des Blocks der kleinen Entente und der Randstaaten sich die Hegemonie in Europa zu sichern. Frankreich schwenkt ein in die Kriegsfront gegen Sowjetrußland, um seine Positionen in Europa insbesondere gegenüber dem erstarkenden deutschen Kapitalismus und seinem imperialistischen Aufstieg zu sichern und auszubauen. Krieg gegen Sowjetrußland ist auch seine Losung, aber unter um so stärkeren Sicherungen gegenüber Deutschland. Aus diesem Grunde organisierte es inoffiziell den polnischen Vorstoß in Genf in der Frage des Ostlocarno. Dieser Vorstoß richtet sich gegen die englische Führung in der europäischen Außenpolitik. Frankreich kann selbst diesen Vorstoß nicht führen, allein schon aus dem Grunde, weil er ohne Rücksicht auf sein Ergebnis zweifellos die Position Deutschlands verstärken würde. Frankreich läßt daher die kleinen Staaten gegen die Großmächte „rebellieren", um England unter Druck zu setzen und dann selbst beschwichtigend „vermitteln" zu können. Dieser Vorstoß ist schon jetzt als gelungen zu betrachten. Sein Zweck ist nicht, die kleineren Staaten gegen die Großmächte rebellieren zu lassen, sondern sie auszuspielen im Interesse Frankreichs gegen England. Es geht hier nicht um die „Sicherung des europäischen Friedens", sondern um die Führung in der Kriegsfront gegen Sowjetrußland. Der Sinn des französischen Vorstoßes in Form der „Rebellion" der kleineren Staaten gegen die Politik der Großmächte war ein Wink mit dem Zaunspfahl an England, daß der französische Imperialismus wohl auch Deutschland in die Kriegsfront gegen Sowjetrußland hineinmanövrieren will, aber nicht auf Kosten der Mächtekonstellation unter seiner Führung. Die Frage des Ostlocarno ist gestellt, und England soll nicht gezwungen werden, diese Frage öffentlich vor dem Völkerbund zu verhandeln, aber die Linie und die Grenzen für diese Verhandlungen sollen nicht gegen Frankreich gezogen werden.

Das Bürgerblock-Deutschland darf in Genf als „Großmacht" neben England und Frankreich auftreten. Es begibt sich gegen-